

sind nicht schön, aber sie sagen etwas, sie drücken eine bestimmte sozialstrukturell relevante Differenz aus, und darüber könnte man sich sicher einig werden. Wenn Sie allerdings sagen, Offes Analyse bringt in dieser Hinsicht überhaupt nichts, dann denke ich, in der Charakterisierung des Sonderweges der alten DDR und in der Charakterisierung einer Situation des Dilemmas bringt es meines Erachtens mehr als nichts. Da würde ich Herrn Offe schon verteidigen wollen, obwohl ich ihn gar nicht kenne, das heißt, nur aus der Literatur kenne ich ihn. Ein Aspekt dieses Sonderweges ist der Elitenabtausch, und der ist hier gelaufen wie in keinem anderen der ehemals sozialistischen Länder, und das verursacht natürlich auch die Schmerzen und die Bekümmernisse, die Sie hier behandeln, und es erzeugt bei den sogenannten „Wessis“ ein gewisses schlechtes Gewissen. Auch Heinz Bude hat gestern über dieses schlechte Gewissen geredet. Es resultiert daraus, daß, wenn man den Maßstab von Leistung anlegt, es eigentlich nicht passieren dürfte, daß es passive Gewinner und aktive Verlierer gibt. Das ist also das schlechte Gewissen auf der Westseite, und das ist doch auch sehr freundlich und sehr mitfühlend, dieses schlechte Gewissen. Meine Aufforderung, die internen Akteure zu stärken, wäre dann die Aufforderung einer tendenziellen Korrektur im nachhinein. Wenn es schon aktive Verlierer gibt, dann sollten diese selbsthelferisch eine dritte Chance bekommen. Das ist auch schon wieder zynisch, aber etwas Besseres fällt mir nicht ein. Wenn Sie jetzt allerdings als Person reagieren, ich kralle mich so an das westliche schlechte Gewissen ran und versuche daraus Theorie zu machen, und Sie sagen, also, meine Liebe, so geht das nicht, dann ist das Ihr absolutes Recht, und Sie haben mich sozusagen erwischt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Nach der Mittagspause geht es pünktlich weiter.

Pause 12.30-13.00 Uhr

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur letzten Phase unserer zweitägigen Anhörung hier in Magdeburg, und ich freue mich, zwei Referenten begrüßen zu können, die der Frage nachgehen, was wirkt von der DDR-Identität oder, wie einige das hier in den letzten zwei Tagen genannt haben, von der DDR-Prägung tatsächlich weiter. Ich begrüße Frau Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, sie kommt von der Humboldt-Universität zu Berlin und ist dort Professorin für Soziologie mit den Schwerpunkten Familie, Jugend und Geschlechterverhältnisse. Ich begrüße ebenfalls von der Humboldt-Universität zu Berlin Herrn Dr. Stefan Wolle, er ist seit Oktober 1991 Assistent an der Humboldt-Universität zu Berlin und hat Geschichte als sein Hauptfach. Ich will heute auf größere biographische Anmerkungen verzichten, sondern gleich in das Thema einsteigen. Nun bitte ich Sie, Frau Prof. Nickel, zu beginnen.

Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel: Recht schönen Dank. Verehrte Kommissionsmitglieder, verehrte Damen und Herren! Ich werde versuchen, mit meinem Referat der Frage nachzugehen, was wirkt von der DDR-Identität wirk-

lich weiter, und meine Thesen am Beispiel von ostdeutschen Frauen entwickeln. Ich werde mich auf diese soziale Gruppe konzentrieren, weil sie, obwohl sie mehr als die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung ausmacht, eine oft vergessene soziale Gruppe ist, und ich möchte fast meinen, auch hier in dieser Kommission eine vergessene Gruppe ist, wenn ich mir nur die Besetzung der Kommission ansehe.

Ich konzentriere mich auf ostdeutsche Frauen, weil sich an ihnen doch sehr konkret diskutieren läßt, was unter welchen Bedingungen wie weiter wirkt. Ich hatte den Eindruck, daß genau diese Frage die Kommission auch beschäftigt, wenn ich noch einmal resümiere, was am Vormittag diskutiert worden ist. Also ich will versuchen, soweit ich das aus meiner Fachspezifik kann, den Fragen der DDR-Identität konkret soziologisch nachzugehen, und da frage ich mich als erstes natürlich, gibt es überhaupt die DDR-Identität, oder anders gefragt, was ist mit dem Identitätsbegriff hier gemeint bzw. was kann an einem solchen Begriff entwickelt werden, was kann ein solcher Begriff sinnvoll fassen. Der Identitätsbegriff bezieht sich, wie es im Handbuch der Sozialisationsforschung nachzulesen ist, auf komplexe subjektive Sachverhalte. Daher „wird er oft ungenau und mehrdeutig verwendet und läßt sich kaum präzise definieren, geschweige denn operationalisieren“, und das ist eine wichtige Frage für die Soziologie. Dennoch gewann der Begriff auf verschiedenen Gebieten sozialwissenschaftlicher Forschung in den siebziger Jahren der Bundesrepublik enorm an Popularität, und zwar einesteils in der Sozialisationsforschung, und das war ja wohl das Thema des gestrigen Tages, andernteils, und genau das ist in meinem Kontext bemerkenswert, in der Frauenforschung. Das wird damit erklärt, daß der „Identitätsbegriff in programmatischer Weise den Wechsel zum Subjekt-Paradigma bzw. zum neuen Selbstbewußtsein artikuliert“ und daß dieser Begriff besser als der Rollenbegriff geeignet schien, Spielräume von individueller Autonomie und Individuierung zu benennen. Ich unterstelle, daß auch das gemeint war, als das hier zu referierende Thema formuliert wurde.

Wie angedeutet, es ist schwierig, von „einer“, von „der“ DDR-Identität zu reden, denn es gab wohl keine verallgemeinerbare Subjektivität, die sich in einem generalisierbaren spezifischen Selbstbewußtsein niederschlug. Vielmehr plädiere ich für eine differenzierte Betrachtungsweise, die Spielraum läßt, subjektive Sachverhalte in den Blick zu nehmen. Menschen unterschiedlicher sozialer Gruppen haben differenzierte Erfahrungen im DDR-System gemacht, und es gab generationsspezifische Sozialisationshintergründe, die zu sehr verschiedenen Identitätsmustern geführt haben. Weil ich vorschnelle Generalisierungen vermeiden will, beschränke ich mich auf das, was sich im Kontext eigener Forschungen belegen läßt, zugleich komme ich damit aber auf ein generelles Problem zeitgemäßer moderner Identitätsbildung zu sprechen. Ich frage also: Gibt es eine spezifische Identität bzw. typische Identitätsmuster von ostdeutschen Frauen? Wenn ja, worauf gründen sie sich und worin äußern sie sich? Führte diese Identität womöglich zu einem sogenannten „Eigensinn“,

einer widersprüchlichen Subjektivität, die heute eine besondere Herausforderung für die bundesdeutsche Politik darstellt?

Ich beginne zunächst mit Thesen zur Problematik Arbeit, Familie und Sozialpolitik, weil ich diese drei Punkte für Rahmenbedingungen weiblicher Identität halte und für zentrale Punkte der Identitätsbildung. Für Mädchen und Frauen in der DDR schien die Zukunft trotz aller Ambivalenzen und Probleme klarer und zuverlässiger planbar, als das jetzt der Fall ist. Die Politik reagierte – aus welchen Gründen auch immer, und auf die Gründe will ich jetzt hier überhaupt nicht zu sprechen kommen – konsequenter auf die „doppelten Orientierungen“ des weiblichen Geschlechts, also darauf, daß Frauen Familie und Erwerbsarbeit vereinbaren wollen. Zugunsten einer lebenslangen Berufstätigkeit von Frauen und Müttern wurde sozialpolitisch interveniert, ohne damit allerdings die asymmetrischen Strukturen der Arbeitsteilung nach dem Geschlecht, den Traditionalismus in den Geschlechterbeziehungen wirklich aufzubrechen. Im Gegenteil, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wurde nicht nur im familialen Bereich verfestigt. Die Einbeziehung der Frauen in „die gesellschaftliche Produktion“, das heißt in die Berufsarbeit, galt seit Gründung der DDR als der wichtigste und fundamentalste Schritt auf dem Wege zur Realisierung von Gleichberechtigung. Partei und Gewerkschaft bilanzierten regelmäßig die Erfolge in dieser Frage und maßen die Schritte von Frauen an der männlichen Gangart. Frauen waren als Arbeitskräfte eine wichtige Ressource sozialistischer Planwirtschaft, und Berufsarbeit war die wichtigste Sphäre gesellschaftlichen Lebens, sie war laut Parteiprogramm das „Herzstück sozialistischer Lebensweise.“ Diese Arbeitszentriertheit sozialistischen Lebens hatte nachhaltige Folgen für die Identitätsbildung von Frauen und Männern. Sie war selbstverständlicher Bestandteil ihres Selbstbewußtseins, ihrer Selbstdefinition.

Hinsichtlich der Entwicklung von Frauenerwerbsarbeit und der damit verbundenen relativen ökonomischen Selbständigkeit von Frauen war diese Politik, auch im Nachhinein betrachtet, erfolgreich. Sie führte zu jenem „Gleichstellungsvorsprung der DDR gegenüber der Bundesrepublik“, so bezeichnet von westdeutschen Soziologen 1992, der sich ganz schlecht modernisierungstheoretisch erklären läßt. Diese Politik begünstigte Identität und Identitätsbildung im Sinne von – wie auch immer eingeschränkten – Autonomieentwürfen von Frauen, zumal sie seit Beginn der siebziger Jahre durch eine die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufsarbeit abfedernde Sozialpolitik begleitet war.

Ohne an dieser Stelle hier auf Phasen und widersprüchliche Entwicklungen dieser Politik eingehen zu können, läßt sich insgesamt sagen, daß diese Politik einesteils Schutz für die Herausbildung von weiblichen Autonomiepotentialen bot, andernteils zugleich auch immer für deren Begrenzung und Kanalisierung sorgte. Für diese Art von Politik steht der Begriff „patriarchale Gleichberechtigungspolitik.“ Damit ist neben der beschriebenen Ambivalenz auch gemeint, daß der Prozeß „von oben“ in Gang kam, eine für Frauen gemachte und nicht von Frauen entwickelte und erkämpfte Politik den Handlungsrahmen be-

stimmte. Wie Untersuchungen zeigen, hinterließ diese sozialpolitische Regulierung der Lebensverhältnisse über Bildungsgruppen und Lebensformen hinweg nachhaltige kohortenspezifische Spuren. Es ist wohl nicht übertrieben, für die jüngeren Frauen, das heißt jene, die seit Beginn der siebziger Jahre von den sozialpolitischen Maßnahmen profitieren konnten, „von einer hochgradigen Steuerung ihrer Lebensgestaltung“ zu sprechen. Frauen neigten nicht dazu, Gegenstrategien zu entwickeln, sondern sie nutzten die institutionellen Regelsysteme pragmatisch und unhinterfragt.

Die paternalistisch-patriarchale Gleichberechtigungspolitik begünstigte den bereits erwähnten Traditionalismus in den Geschlechterbeziehungen. Die Geschlechterpolitik der DDR hatte Frauenidentitäten massiv verändert, Männer hingegen waren davon weitaus weniger betroffen. Und auch die „gewandelten“ Frauen blieben in traditionellen Geschlechterstrukturen weitgehend gefangen. Wachsende Scheidungsquoten koppelten sich z.B. mit hohen Wiederverheiratsquoten. Das Auflösen traditionaler Formen von Geschlechterbeziehungen mündete im Wiedereingehen ähnlicher Beziehungen im Rahmen von Zweit- und Drittfamilien. Weibliche Erwerbstätigkeit setzte beispielsweise auch nicht die häusliche Arbeitsteilung außer Kraft. Noch zu Beginn der achtziger Jahre verrichteten Frauen mehr als drei Viertel der anfallenden Hausarbeit, so daß Frauen oft im wahrsten Sinne des Wortes zu Hause eine zweite Schicht leisten mußten. Für Selbst-Besinnung und weiblichen Selbst-Bezug – Voraussetzung für das Entstehen der modernen Frauenbewegung im Westen – blieben weder Raum noch Zeit. Ein entwickeltes Frauenbewußtsein im Sinne eines kritischen und reflexiven Bezugs auf vorfindliche Herrschaftsstrukturen hat diese Politik ganz sicherlich nicht massenhaft hervorgebracht.

Als wesentliches Ergebnis dieser ambivalenten Rahmenbedingungen bleibt allerdings festzuhalten, daß die zeitliche Parallelität von Beruf und Familie und die dadurch gewährleistete relative ökonomische Unabhängigkeit vom Partner zu Bestandteilen der Identität von in der DDR sozialisierten Frauen und zum eigenen Bewertungsmaßstab von Emanzipation wurden. Wir können für die DDR – zusammengefaßt – von patriarchaler Gleichberechtigung und einer kulturellen Perpetuierung von auf *Ergänzung* abzielender Zweigeschlechtlichkeit reden, die verbunden war mit geschlechtlicher Segregation und Asymmetrien in der Verteilung von Arbeit und sozialen Positionen. Zugleich muß man aber auch die weitgehende ökonomische Egalisierung der Geschlechterbeziehungen und die vergleichsweise weniger hierarchisierten Geschlechterkonstellationen sehen. Das alles gehört zum Sozialisationsgepäck von Ost-Frauen und umschreibt Spezifika ihrer „DDR-Identität.“

Meine zweite Frage: Was bleibt zwischen Anpassung und Widerständigkeit? Nach Jürgen Habermas bewährt sich die „Ich-Identität des Erwachsenen ... in der Fähigkeit, neue Identitäten aufzubauen und zugleich mit den überwundenen zu integrieren, um sich und seine Interaktionen in einer unverwechselbaren Lebensgeschichte zu organisieren“, so Habermas schon 1976. Insofern ist die Frage, was bleibt, nur zum Teil eine Frage individueller Strategien. Sie ist

vor allem auch eine Frage veränderter äußerer Rahmenbedingungen. Welche Potentiale enthalten sie für den Aufbau neuer Identität und für die notwendige Integration von „alter“ in „neue“ Identität? Mit Wolfgang Zapf gefragt: Wieviel Kreativität bieten die neuen „alt-bundesrepublikanisch geprägten“ Milieus für die Handlungsfähigkeit der Individuen? Lösen sie, wie Zapf sagt, „stimulierende Unsicherheit“ aus, oder wirken sie existentiell bedrohlich und führen zu Angst und „überwältigender Unsicherheit“, die jede Entwicklung von Identität blockieren und damit die Handlungsfähigkeit der Individuen „paralisieren und zersetzen“? Blickt man auf die „Wende-Ereignisse“ zurück, zeigt sich, auch wenn im nachhinein mancher Mythos es heute anders deuten will: Mit „Exit and Voice“ haben 1989 DDR-Bürgerinnen und -Bürger ihr System zur Disposition gestellt, darin den „Gleichstellungsvorsprung“ von Ost-Frauen eingeschlossen. Arbeitsplatzsicherheit, selbstverständliche volle Berufstätigkeit von Frauen und Müttern, Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Mutterschaft, staatliche Frauenförderpolitik, Fristenlösung und im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs Kostenübernahme durch die Sozialversicherung, flächendeckende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen – diese bis heute ihresgleichen suchenden Markenzeichen des „DDR-Gleichstellungsvorsprungs“ bremsen möglicherweise mehr Frauen als Männer in ihrem 1990 demokratisch gewählten freien Fall in eine andere Gesellschaftlichkeit, in ihrem, wie Wiesenthal sagt, „Absturz in die Moderne.“ Letzten Endes hielten diese vertrauten paternalistischen Formen von Sozialstaatlichkeit den Lauf der Geschichte jedoch nicht auf. DDR-Bürgerinnen und -Bürger, Frauen wie Männer, waren aus der vormundschaftlichen Versorgungsgesellschaft ausgebrochen, um an einer Moderne zu partizipieren, deren Legitimationsmechanismen Massenkonsum, parlamentarische Demokratie und Wohlfahrtsstaatlichkeit hießen und die in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten allgemeine Verfügbarkeit über eine hochentwickelte Massenkultur hervorgebracht hatte. Soziale Polarisierungen schienen nivelliert und der Sozialstaatskompromiß eine verlässliche Größe. Wie sich nach Ankunft der DDR-Bürgerinnen und -Bürger in der bundesrepublikanischen Moderne allerdings zeigte, war diese Art von Gesellschaftlichkeit aber bereits am „Verdampfen“, um mit Ulrich Beck zu sprechen.

Die von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern aus der Außenperspektive vordergründig wahrgenommene stabile Entwicklung der Bundesrepublik beruhte auf der Regulierung – nicht Aufhebung – der sozialen Ungleichheit durch hohe Löhne, Vollbeschäftigung (zunehmend auch von Frauen) und auf der sozialstaatlichen Umverteilung von Transferleistungen, die auf „sozial Schwache“ und damit auf die relative Angleichung von Lebensverhältnissen ausgerichtet war. Risse, die seit Mitte der siebziger Jahre begannen, die Wohlstandsgesellschaft zu durchziehen, waren aus dieser Perspektive weniger erkennbar bzw. schienen temporär und – wenn alle die Ärmel aufkrempeln würden – reparabel. DDR-Bürgerinnen und -Bürger sind mit der Wiedervereinigung also nicht schlechthin in einer anderen, für sich nicht klar kalkulierbaren gesellschaftlichen Moderne angekommen, und DDR-Identitäten waren auch nicht per se

mit den neuen Herausforderungen inkompatibel, sondern die von ihnen erwartete Art bundesrepublikanischer Gesellschaftlichkeit war zum Zeitpunkt der Vereinigung selbst an ihre eigenen Grenzen gestoßen.

Gleichwohl war mit der „Wende 1989“ eine unumkehrbare gesellschaftliche Dynamik in Gang gesetzt, die auch den Gleichstellungsvorsprung in jenen zwiespältigen Modernisierungsstrudel riß, der im Westen längst tobte. In seinem Sog definiert sich das Geschlechterverhältnis neu bzw. verliert der bisher von Ostdeutschen ganz selbstverständlich praktizierte Geschlechtervertrag seine strukturelle Basis. Frauenerwerbsarbeit wird plötzlich legitimierungsbedürftig und zu einem hart umkämpften strategischen Feld. Die an Erwerbsarbeit geknüpften, ja auf ihr basierende Identität ostdeutscher Frauen erscheint plötzlich als ein „Anachronismus.“ Während nun aber Feministinnen in den USA zunehmend wieder von einer „Vision der postindustriellen Gesellschaft“ ausgehen, wonach „das Zeitalter des Familieneinkommens vom Zeitalter der allgemeinen Erwerbstätigkeit abgelöst wird“, um mit Nancy Fraser zu sprechen, und eine „gestaltbare Sozialpolitik“ die volle gleichberechtigte Teilnahme der Frauen an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fördern soll, im Arbeitsleben, in der Politik, im Gemeinschaftsleben der Gesellschaft, der Zivilgesellschaft, wie Fraser sagt, ist es für einige Meinungsbildner in der Bundesrepublik Deutschland, und ich habe den Eindruck im Gleichklang mit der Bundesregierung, schon faktisch entschieden, daß „wir uns auf den Zustand dauerhaft einrichten müssen, daß ein großer Teil der erwachsenen Bürger beiderlei Geschlechts in 'normalen' Arbeitsverhältnissen kein Unter- und Einkommen findet“, um Claus Offe zu zitieren.

Es kann an dieser Stelle nicht auf die komplexen problematischen Facetten einer solchen Argumentation eingegangen werden. Statt dessen wird ein Aspekt, der mit Blick auf mein Thema von besonderer sozialer Brisanz ist, herausgegriffen. Schleichend scheint nämlich ein argumentativer Angriff auf die im Westen zunehmende und die im Osten nicht abnehmende Erwerbsbereitschaft von Frauen Platz zu greifen, der vor kurzem noch undenkbar schien. Denn so geschlechtsblind ist heute wohl kein Sozialwissenschaftler und auch kein Politiker mehr, daß er nicht wüßte, von wem hier im Kern die Rede ist. Die Strukturdaten der Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern sprechen eine deutliche Sprache. Langzeitarbeitslosigkeit hat sich längst zu einem Problem von Frauen entwickelt.

In den Zahlen der Arbeitsmarktstatistik spiegeln sich zwei konkurrierende Tendenzen wider: Zum einen belegen sie die strukturelle Diskriminierung von Frauen auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt, vor allem bei der beruflichen Wiedereingliederung. Frauen haben im Falle des meist unverschuldeten und vor allem auch unfreiwilligen Arbeitsplatzverlustes deutlich die schlechteren Karten für einen Neueinstieg. Zum anderen legen die Statistiken aber auch den „Eigensinn“, die besondere Identität der ostdeutschen Frauen offen, nämlich ihre trotz aller Widrigkeiten anhaltend starke Erwerbsorientierung. Ost-Frauen wehren sich hartnäckig gegen ihre arbeitsmarktvermittelte soziale Ausgren-

zung. Das Gefühl, ohne eigene Erwerbsarbeit auf ein wie auch immer geartetes Gnadenverhältnis oder Versorgungsarrangement angewiesen zu sein, ist Ost-Frauen anscheinend so fremd, daß sie versuchen, mit aller Macht auf dem enger werdenden Arbeitsmarkt präsent zu bleiben.

Im Rahmen eines von der DFG geförderten Forschungsprojekts zum Thema „Frauen im betrieblichen Transformationsprozeß“ haben wir dieses Verhalten „Widerständigkeit“ genannt, weil wir auf eine Verkopplung in den Handlungsmustern von Frauen gestoßen sind, mit der sie versuchen, objektive Alltagserfordernisse mit subjektiven, bisher gelebten, nun aber obsolet gewordenen Orientierungen zusammenzubringen. In dieser Verkopplung versuchen Ost-Frauen unter für sie neuen Rahmenbedingungen eine Gewichtung von Beruf und Familie zu leben, die sie nicht einfach auf ein privates oder öffentliches Versorgungsarrangement verweist. „Widerständigkeit“ meint somit nicht nur das „eigensinnige“ Klammern an alte Lebensorientierungen, sondern zielt auf die gestaltenden Suchbewegungen, die Frauen in bezug auf ihre eigenen Lebensverhältnisse vornehmen. Die von uns befragten Frauen begründen diese arbeitsmarktbezogene Widerständigkeit mit folgenden Argumenten:

1. In der DDR lebensbiographisch erworbenen Verhaltensmustern, die die Selbstverständlichkeit von Berufsarbeit einschlossen;
2. dem prekären Arbeitsmarkt in Ostdeutschland, der den Partner in unsichere Erwerbsverhältnisse stellt bzw. ihn bereits in die Arbeitslosigkeit oder in den Vorruhestand entließ, so daß das Festhalten an der eigenen Erwerbsarbeit zur ökonomischen Sicherung der Familie ganz unumgänglich ist;
3. den im Vergleich zu den alten Bundesländern insgesamt noch niedrigen Einkommen;
4. dem persönlichen Anspruch auf ökonomische Selbständigkeit und berufliche Herausforderung, den die Frauen formulieren;
5. dem mit der Berufsarbeit verbundenen Selbstbewußtsein.

Dieser – zum Teil mit Horrorszenarien attackierte – „anachronistische Eigensinn“ oder auch „Appetit“, wie es manche bezeichnen, der ostdeutschen Frauen auf Arbeitsplätze, dieser „anachronistische Eigensinn“ könnte sich bei näherem Hinsehen nun durchaus als pragmatisch und rational erweisen, vor allem aber als zeitgemäß. Nicht der „Eigensinn“ ist meines Erachtens das Problem, sondern vielmehr die Tatsache, daß er die Verfaßtheit bundesrepublikanischer Sozialstaatlichkeit in Frage stellt. Auf Frauen bezogene Sozialpolitik ist in der Bundesrepublik in einem ganz anderen Sinne erwerbszentriert, als sie das in der DDR war. Sie orientiert sich nämlich an der traditionellen Geschlechterordnung, die mit der industriellen Geschlechterordnung, mit der industriellen Ära des Kapitalismus verbunden war. Diese Geschlechterordnung ist um die sogenannte „Normalfamilie“, um das Ideal des „Familieneinkommens“ zentriert und beruht auf der Trennung und geschlechtlichen Zuweisung von Erwerbs- bzw. Familienarbeit. Auch wenn die Versorgungsehe in der al-

ten Bundesrepublik seit Ende der sechziger Jahre zunehmend erodiert und viele Familien auch vorher nicht so recht in dieses industrielle Familienmodell paßten, liegt es letztlich – bei allen Modifikationen – dem bundesrepublikanischen Sozialstaatsmodell bis heute zugrunde. Da Frauen auf Grund ihrer Familienarbeit oft keine lebenslangen Vollzeit-Erwerbsbiographien aufweisen können, ist ihre soziale Sicherung in Phasen der Nichterwerbstätigkeit an das über den männlichen Haupternährer vermittelte Mitversorgungsprinzip gekoppelt. Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und weiblicher Erwerbsarbeit wurde hingegen bislang von staatlicher Seite untergeordnete Bedeutung beigemessen. Die Kehrseite, ja Falle dieser sozialpolitischen Orientierung wird, denke ich, immer deutlicher sichtbar: Sie besteht nämlich in dem gravierenden Mangel an bezahlbaren sozialen und kulturellen Dienstleistungen in der Bundesrepublik. Mehr noch, die private Verrichtung dieser Dienste ist geradezu die Voraussetzung einer solchen „konservierenden“ sozialpolitischen Konzeption. Die „Widerständigkeit“ der ostdeutschen Frauen scheint also viel mehr einen Erneuerungsbedarf politischer Rahmenbedingungen offenzulegen, als daß sie auf eine defizitäre Anpassungs- und Integrationsbereitschaft der Frauen verweist. Weibliche Identität, auf Egalität, Autonomie und auf über eigene Erwerbsarbeit vermittelte ökonomische Unabhängigkeit ausgerichtet, ist, so denke ich, eine zeitgemäße Herausforderung, die moderne Politik aufgreifen sollte, wenn sie die Krise, in die die Bundesrepublik geraten ist, ernsthaft bewältigen will. Sie bezeichnet im übrigen ja auch nur das, was Ulrich Beck mit dem Prozeß der Individualisierung umschreibt, einen Prozeß, der seit ca. 200 Jahren zunächst Männern vorbehalten war, seit Mitte der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts aber im Zuge einer sogenannten nachholenden Individualisierung zunehmend auch von bundesrepublikanischen Frauen als Lebensanspruch eingeklagt und gelebt wird.

Ich komme zu meinem kurzen Fazit. Ich will weder den Individualisierungsprozeß des modernen Industriezeitalters glorifizieren noch den Identitätsentwurf ostdeutscher Frauen mythologisieren. Ich will mich auch nicht an der Entwicklung rückwärtsgewandter Utopien beteiligen und die DDR im nachhinein verklären. Die Rahmenbedingungen für Identitätsbildung in der DDR waren, und ich habe das angedeutet, widersprüchlich, und diese Ambivalenz ist in die DDR-Identitäten eingeschrieben, auch in die der Frauen. DDR-Identität von Frauen heißt – und auch darauf habe ich weiter oben verwiesen –, daß es im wesentlichen *eine* (vereinheitlichte) weibliche Normalbiographie gab, die stark institutionalisiert und verregelt war. Wenn die Individuen aber jetzt plötzlich gezwungen sind, im „Dickicht der Optionen und der darin versteckten Zwänge“, um nochmals mit Beck zu reden, ihren Weg zu bahnen, ihre Biographie zusammenzubasteln, dann sind das Anforderungen, auf die Ostdeutsche weniger gut vorbereitet sind.

DDR-Identität von Frauen heißt schließlich auch, daß Frauen sich in der von Vater Staat gewährten Gleichstellungs- und Sozialpolitik eingerichtet hatten, „geschlechtsblind“ und nicht selten auch mit einem Dünkel von Omnipotenz. Die gleichberechtigte und doch schlechter gestellte „werk tätige Mutti“ glaubte

selbst oft an die angeblich schon allseits verwirklichte weibliche Emanzipation. Selbstunternehmertum, Selbstbehauptung und individuelles Durchsetzungsvermögen zählen wohl eher zu den Schwachstellen von DDR-Identität. Insofern ist es nicht leicht zu sagen, wie zäh die Widerständigkeit ostdeutscher Frauen auf längere Sicht wirklich ist und welche Chancen Frauen haben, diese Widerständigkeit als Potential in eine neue Identität zu integrieren. Eigene Untersuchungen belegen allerdings, daß die Fähigkeit der Frauen zu subjektiven Integrationsleistungen ganz beträchtlich sind und sie – wenn sie die Gelegenheit bekommen, diese Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, und das sind ja mittlerweile bedauerlicherweise nicht mehr sehr viele – enorme Lern- und Qualifizierungsbereitschaft an den Tag legen. Sie scheinen in der alltäglichen Vereinbarung von Beruf und Familie zu Zeiten der DDR subjektive Kompetenzen ausgebildet zu haben, die ihnen in der Berufsarbeit heute zugute kommen bzw. zugute kommen könnten. Mehr noch, das „subjektive Wandelmanagement“, das Frauen zu beherrschen scheinen, und ihr damit verbundenes Vermögen, verschiedene, durchaus widersprüchliche Identitätsanforderungen integrieren zu können, beinhalten anscheinend auch, daß sie Strategien im privaten Bereich den Umständen entsprechend „flexibilisieren“ und „modernisieren.“ Wenn, wie erwähnt, die DDR-Gleichberechtigungspolitik einerseits Männer weniger als Frauen verändert hatte, so gilt andererseits doch, daß ostdeutschen Männern bis heute die Berufsarbeit ihrer Lebenspartnerin viel selbstverständlicher ist, als sich das von westdeutschen Männern sagen läßt. Auch das ist ein wichtiger Background für ostdeutsche Widerständigkeit und hat nicht selten zu bedeuten, daß ostdeutsche Männer angesichts veränderter Bedingungen und der Not gehorchend heute oft einen wesentlichen Part im Familienalltag übernehmen.

Was bleiben wird, muß sich nun allerdings erst noch zeigen. Schon jetzt ist aber sicher, daß das weniger eine Frage individueller Strategien und Beweglichkeit ist und mehr eine Frage gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herzlichen Dank, Frau Prof. Nickel, für Ihren Vortrag, aber auch für Ihre Bemerkung, daß wir hier ein sehr überzogener Männerverein sind, was sicher Anlaß ist, über einige Fragen noch einmal nachzudenken. Herr Doktor Wolle, zum gleichen Thema.

Dr. Stefan Wolle: Ja, zum gleichen Thema, aber auf einem ganz anderen Wege. Ich habe mich für den induktiven Weg entschlossen, den vom Besonderen zum Allgemeinen gehenden exemplarischen Weg, und nenne meinen Vortrag „Die Ostschrippe als Symbol und Paradigma der verlorenen DDR-Identität.“ Sechs Jahre nach der Wende werben die Bäckerläden in der ehemaligen DDR mit großen Aufschriften: „Hier gibt es sie, die Ostschrippe.“ Übrigens, neuerdings gibt es auch die Brandenburger Schrippe bei uns, das nur am Rande. Tatsächlich finden sich dann auch in den Warenregalen konsequenterweise zwei Körbchen, eins mit Ostschrippen und eins mit Westschrippen. Die Westschrippe sieht größer aus, ist wohlschmeckender, doch sie ist künstlich aufge-

blasen, sie zerbröseln zwischen den Fingern und schmeckt fade. Die Ostschrippe dagegen ist klein und fest, scharf durchgebacken und knusprig, eine solide Bäckerschrippe, die nichts sein will als Schrippe, irgendwie ist sie ehrlicher und anständiger als ihre Brüder und Schwestern aus dem Westen, wo der schöne Schein bekanntlich alles ist. (Beifall) Ich habe mich übrigens erkundigt, hier in Magdeburg gibt es die Ostschrippe auch, aber ob es eine anhaltinische Schrippe gibt, weiß ich noch nicht.

Nach der Wende überschlugen sich die Bäcker, um die Wünsche ihrer Kundschaft nach bundesdeutschen Brötchen oder gar welschen Baguettes oder Croissants zu befriedigen. Doch das ging schnell vorüber, bald schon kam die Sehnsucht nach der guten alten DDR-Schrippe. Doch auch die Ostschrippe ist streng genommen eine typisch westliche Mogelpackung. Die wirkliche Ostschrippe ist tot und wird niemals wieder auferstehen. Sie ist in das Reich der Legende eingegangen, wie der Trabbi, die klebrige Club-Cola oder die nach feuchten Lumpen stinkende filterlose Karo. Die Ostschrippe wurde zum Identitätsstiftenden Mythos, so wie das angeblich so hervorragende Sozialsystem der DDR und die oft gepriesene Mitmenschlichkeit, vielleicht auch die Gleichberechtigung der Frau.

Zunächst sind einige historische Anmerkungen, auch technikgeschichtliche Anmerkungen, vonnöten, die nach Lage der Dinge nur Richtigstellungen sein können. Die echte DDR-Schrippe wurde in vorsintflutlichen Bäckeröfen gebacken, in der Regel war die Technik noch aus der Vorkriegszeit im privaten Bereich. Die Hefe war oft überaltert und an heißen Tagen voller Maden, wie ich mir habe sagen lassen bei meinen Feldforschungen bei Bäckermeistern. Das Mehl war katastrophal schlecht, und gutes Weizenmehl aus der Sowjetunion oder Kanada gab es nur beschränkt und nicht für den privaten Bäcker. Unter diesen Umständen war es eine regelrechte Kunst, gute Backwaren herzustellen. Dies gelang nur dem richtigen Bäcker, der sein Handwerk von der Pike auf gelernt hatte. In den Kaufhallen des sozialistischen Handels gab es die schwammigen bleichsüchtigen Schrippen-Kretins aus den Großbäckereien. Sie lagen dort in verglasten Kästen mit einer seitlich an einem silbernen Kettchen befestigten Leichtmetallzange, mit der sich der Kunde bedienen konnte, solange der Vorrat reichte. Diese Industrieschrippen kosteten ebenso fünf Pfennig wie die echte Bäckerschrippe, und das war eben das Problem. Letztere, also die Bäckerschrippe, wurde weit unter dem Selbstkostenpreis verkauft und von den Bäckern deswegen nur sehr unwillig hergestellt. Kuchen und Torten brachten Gewinn, Brot und Schrippen wurden nur im Rahmen der Planaufgaben produziert und mußten zum staatlich festgelegten Preis von eben fünf Pfennig verkauft werden. Bäckerbrot und Schrippen waren also stets knapp. Bereits vor Ladenöffnung bildeten sich vor den Bäckerläden lange Schlangen. Am Wochenende nahmen diese Schlangen oft gigantische Dimensionen an. Man konnte gut und gerne eine Stunde Wartezeit einplanen. Eingekauft wurde wegen des gesetzlich verordneten Preises dann aber großzügig, 100 Schrippen für fünf Mark, das war schon etwas. Damit kam die Familie übers Wochenende, das wurde dann meistens in solche Netze – das gibt es

auch nicht mehr – und in diese Plastebeutel eingefüllt, die man über den Ladentisch reichte, also nicht diese Plastetüten, die es jetzt gibt. 100 Schrippen für fünf Mark, damit kam man übers Wochenende – und wenn ein oder zwei Dutzend der Schrippen hart geworden waren und montags in den Müll wanderten, war das auch egal. Die Gerüchte wollten nicht verstummen, daß die Leute ihre Hühner, Karnickel und Schweine mit den staatlich subventionierten Backwaren fütterten.

Der Mangel führte zu zwar verständlichen, aber doch eigenmächtigen und streng genommen ungesetzlichen Rationierungen durch die Verkäufer. In den Randgebieten von Berlin wurden an den Sommerwochenenden Einheimische bevorzugt. Sie hatten das Privileg, außerhalb der Reihe bedient zu werden. Teilweise gab es sogar getrennte Schlangen, eine Schlange für die Wochenendler, die lange Schlange, die kurze Schlange für die Einheimischen. Meckern aus den Reihen der Laubenpieper wurde bedeutet, die Schrippen, Brote und Kuchenrationen für Vorzugskunden seien bestellte Ware. Wenn die Mekkerer stur blieben und darauf beharrten, für das nächste Wochenende auch bestellen zu wollen, drohte dann die Situation zu explodieren. Mit Beschwerden und Eingaben wurde gedroht. Der allgemeine Unwille der Einheimischen gegen die Wochenendgäste aus dem versorgungsmäßig bevorzugten Berlin machte sich Luft, sie würden alles wegkaufen und durch unerlaubtes Rasensprengen den Wasserdruck so weit sinken lassen, daß am Sonntag die Klospülung nicht mehr funktionierte.

Doch spätestens nach einer Stunde war die Walstatt verwaist, in den Regalen der Bäckerei herrschte gähnende Leere, die Verkäufer nutzten die Zeit bis zum gesetzlichen Ladenschluß, die letzten Krümel aus den Regalen zu wischen. Die aufgeregten Kunden hatten sich verflüchtigt und verzehrten auf ihren Datschen die subventionierten Schrippen.

Die Fünf-Pfennig-Schrippe ist ein gutes Beispiel für die Funktionsweise der sozialistischen Wirtschaft. Am Anfang der Ursachenkette für die allgemeine und allgegenwärtige Ineffizienz stand der mangelnde Anreiz zu Innovation und Leistungssteigerung aufgrund der staatlichen Einheitslöhne und Preise. Die veraltete Produktionstechnik zwang die Betriebe, ihre Waren unter dem Preis zu verkaufen. Dies führte zu einer Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. Der Mangel an Waren und Dienstleistungen aller Art führte zu Wartezeiten, schlechten Produkten, unzureichendem Service. Um dies zu beheben, setzte eine Bürokratisierung der Verteilung ein. Dies führte zu Beziehungswirtschaft und Zurückdrängung der Ware-Geld-Beziehungen zugunsten einer Art Tauschwirtschaft. Das verringerte wiederum die Bereitschaft zur Innovation und Leistungssteigerung weiter. Damit war der Teufelskreis geschlossen.

Dies alles, wozu noch sehr viel zu sagen wäre, hatte aber auch eine ganze Reihe von mentalen Rückwirkungen, mit denen wir uns heute auseinanderzusetzen haben. Die Mangelgesellschaft der DDR schuf eine Art sozialer Gleich-

heit, die in den Warteschlangen ihren symbolischen Ausdruck fand. Vor den meist mürrischen und übel gelaunten Verkäufern, Kellnern, Handwerkern usw. waren sozusagen alle gleich. Selbst mit Geld konnte man hier nicht alles erreichen. Handwerkern beispielsweise hatte man nicht nur eine Rundumversorgung zu bieten – das begann also mit Frühstück, Bier, Kaffee, Zigaretten, die Hausfrau hatte ein Mittagessen zu kochen, sondern auch eine seelische Betreuung hatte hier stattzufinden. Hier den feinen Pinkel hervorzukehren, konnte ausgesprochen unangenehm werden. Man hatte auch ständig Handlangerdienste zu leisten und mußte sich von den Handwerkern noch gegebenenfalls dumm kommen lassen, zumindest sich die Welt erklären lassen von ihnen und über ihre dummen Witze mitlachen.

Es gab in der DDR so etwas – ich möchte das soziologisch verallgemeinern – wie die heimliche Macht der Verwalter des Mangels. Der marxistischen Theorie zufolge herrschte die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und den anderen werktätigen Klassen und Schichten. Laut Artikel 1 der Verfassung lag die führende Rolle bei der Partei, und nach Auffassung vieler Kritiker des Systems herrschte eine Clique von Politbürokraten.

Wie dem auch immer sei, im Alltag dominierte eben jene soziale Gruppe, die in der soziologischen Theorie überhaupt nicht vorkam und wohl bis heute auch nicht vorkommt, man könnte sie nennen die heimlichen Verwalter des Mangels. Zu ihr konnte jeder gehören, der über irgend eine knappe Ware oder Dienstleistung verfügte, vornehmlich also Handwerker, Kellner, Verkäufer und andere mehr. Die ökonomische Basis ihrer Macht beruhte auf einem einfachen Grundprinzip. Angesichts eines Überangebots an Waren und Dienstleistungen ist der Kunde König, in der Situation eines permanenten Unterangebots dagegen ist der Verwalter des Mangels König. Die gastronomischen Einrichtungen der DDR beispielsweise wurden von sogenannten Gaststättenkollektiven beherrscht, das heißt von Kellnerinnen, Serviererinnen usw.. Dieser Zustand führte dann auch zu seltsamen Bräuchen, die mit der deutschen Einheit verschwunden sind. Im Eingangsbereich der Gaststätte hing in der Regel ein Schild mit dem Hinweis: „Sie werden plaziert.“ Der Gast hatte vor diesem Schild innezuhalten und zu warten, bis ein Kellner kam, der ihm einen Platz zuwies. Dieses Ritual war auch einzuhalten, wenn ausreichend freie Plätze verfügbar waren. Es empfahl sich nicht, gegen die ausdrückliche Anweisung des Schildes großspurig in den Gastraum hineinzuschreiten und sich selbständig an den Tisch zu setzen. Es konnte geschehen, daß dergestalt unbotmäßige Gäste mit Bemerkungen wie: „Sie können wohl nicht lesen?“ oder: „Was bilden Sie sich denn ein, wer Sie sind?“ zurückgeschreckt wurden. Damit nicht genug, wer auf diese Weise unangenehm aufgefallen war, sah sich erzieherischen Maßnahmen des Gaststättenkollektivs ausgesetzt und hatte extra lange zu warten. Rebellisches Aufbegehren gegen das Diktat des Kellners hatte lediglich weitere Wartezeiten und sogar das Risiko eines gänzlichen Verweises aus dem Lokal zur Folge. Wer eines der theoretisch überall vorhandenen Beschwerdebücher „Der Gast hat das Wort“ verlangte, erntete nicht selten blanken Hohn. Dies als Beispiel.

Der permanente Mangel an Waren und Dienstleistungen verstärkte in der DDR-Mentalität die ohnehin vorhandene Absperrungsneurose, wie ich das nenne. Jeder hatte Angst, daß er zu kurz kommt, daß ihm etwas weggenommen wird, daß die Plätze, Waren, Dienstleistungen nicht ausreichen würden. Der Sozialismus war sozusagen ein Betriebsfest, auf dem mehr Biermarken ausgegeben worden waren als Bier vorhanden war. Die Folge war eine Verstärkung des ohnehin vorhandenen kollektiven „Knast-Syndroms“, hervorgerufen durch die politische Situation. Die Wärter litten an einer Sicherheitspsychose und die Insassen an Hospitalismus. Der Mauer – genauer gesagt: den gigantischen Sperrenanlagen rund um West-Berlin und an der Grenze zur Bundesrepublik – entsprachen unzählig viele kleine Mauern. Dies ist nicht nur sinnbildlich zu verstehen, sondern ganz wörtlich. Die DDR war das Land der Absperrungen, und ich möchte an Beispielen belegen, was ich hier Absperrungsneurose nenne. Überall gab es amtliche, halbamtliche und private Sperrzonen, Mäuerchen, Zäunchen, Absperrgitter, Schnüre und Schilder, und obwohl die Kriminalitätsrate niedrig war im Vergleich zu heute, wurden die Zäune und Mäuerchen gern mit Stacheldraht, einbetonierten Glasscherben und gußeisernen Toren gesichert.

Vor allem im öffentlichen Bereich grassierte die Absperrwut. Dort, wo der Architekt schon allein wegen der vorgeschriebenen Fluchtwege fünf breite Flügeltüren hatte einbauen lassen, waren garantiert vier fest verriegelt. Geöffnet war einer ungeschriebenen Regel zufolge die am schwersten zugängliche Tür. Zusätzlich waren unzählige Schnüre und Kettchen gespannt, und Schilder wiesen darauf hin, was alles verboten sei. Eine DDR-typische Erscheinung war ebenfalls eine Unzahl von Türhütern jeglicher Art, permanent unfreundliche Pförtner, abweisende Betriebsschutzmitarbeiter, inkompetente, aber streng blickende Polizisten. An unzähligen Stellen wurden Dienstaussweise und andere Zertifikate verlangt, es wurden Namen und Adressen notiert, es wurde telefonisch rückgefragt.

In diesen Bereich gehört auch ein weiteres Phänomen, was ich die Negativwerbung nennen möchte. Während im allgemeinen Werbung darauf zielt, Kunden anzulocken, Produkte zu verkaufen, zielt die Negativwerbung darauf, Kunden abzuschrecken. Vor zahlreichen Gaststätten, aber auch Läden wurden durch meist handgeschriebene Schilder darauf hingewiesen, was es alles nicht gibt und wofür es sich nicht lohnt, das Geschäft oder die Gaststätte zu betreten, um den Verkäufer oder Kellner zu belästigen. Ich verallgemeinere: Es gab insgesamt eine Umkehrung des Verhältnisses von Anbietern und Kunden zuungunsten des Kunden. Dies hatte schwerwiegende und langandauernde mentalitätsgeschichtliche Folgen.

In der DDR herrschte notorischer Arbeitskräftemangel, ein weiterer Bereich von mentalitätsgeschichtlicher Bedeutung. Das gleiche ökonomische Mißverhältnis wie beim Angebot von Waren gab es auch beim Angebot von Arbeitskräften. Also: „Keine Leute, keine Leute“, das war das notorische Klagelied aller „staatlichen Leiter.“ Es existierte Vollbeschäftigung, was wohlgemerkt

natürlich nicht heißt, daß jeder den Arbeitsplatz, den er wollte, auch hatte. Doch insgesamt hatte jeder eine Arbeit, weder gab es Arbeitsämter im westlichen Sinne noch eine gesetzliche Regelung über die Arbeitslosigkeit. An vielen Betrieben hingen Tafeln mit der Überschrift „Wir suchen aus der nichtberufstätigen Bevölkerung...“, dann folgte eine Liste der freien Stellen. Es galt die Faustregel, je niedriger die Qualifikation, desto dringender wurde die Arbeitskraft begehrt. Für Wissenschaftler war es nicht immer ganz leicht, eine ihrer Ausbildung entsprechende Tätigkeit zu finden, oft mußten sie unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt werden. Ungelernte Arbeitskräfte wurden in den Betrieben dagegen händeringend gesucht und entsprechend behandelt. Dies führte zu merkwürdigen Disproportionen bei der Bezahlung. Produktionsarbeiter verdienten oft mehr als Mitarbeiter mit Hoch- und Fachschulabschluß. Unter diesen Zuständen litten die Leistungsmotivation und die Arbeitsdisziplin. In den Produktionsbetrieben der DDR herrschten paradiesische Sitten und Gebräuche. Selbst schwerwiegende Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin, notorische Arbeitsbummelei und Diebstähle wurden in der Regel nur mit geringfügigen Strafen geahndet. Auch hier galt der Grundsatz: Je niedriger die Qualifikation, desto vorsichtiger mußte der Kollege behandelt werden. Ein Nickerchen während der Arbeitszeit konnte niemandem ernsthaft verübelt werden, eine halbe Stunde vor Schichtschluß bereits in Richtung Dusche zu verschwinden, gehörte zu den Selbstverständlichkeiten, zum Feierabend wollte man mindestens schon am Werktor sein. Was man zu Hause oder auf der Datsche an Werkzeug oder Material brauchte, wurde in die Tasche gesteckt und dabei gewitzelt, dies sei doch Volkseigentum, davon könne sich jeder seinen Teil nehmen. Auch der Alkoholkonsum war speziell während der Nachtschicht sehr hoch. Kein Ingenieur durfte es wagen, wegen solcher Kleinigkeiten Hilfsarbeitern zu nahe zu treten. Jederzeit konnte dieser „in den Sack hauen“, wie es hieß, und zum nächsten Betrieb gehen, wo unqualifizierte Arbeitskräfte gesucht wurden.

Eine kleine Anmerkung noch: Nur auf dieser Basis hat natürlich auch die Doppelbelastung der Frau funktioniert in Betrieb und Haushalt, denn gerade die Frauen erledigten sehr viel während der Arbeitszeit an Anstehereien, Terminen usw. – das nur am Rande.

Ich komme zum Schluß. Die Losung der sozialistischen Menschengemeinschaft war von der SED-Führung schon Anfang der siebziger Jahre aus dem Verkehr gezogen worden. Das hing mit dem Übergang von Ulbricht zu Honecker zusammen. Lediglich in der ironischen Paraphrasierung als sozialistische Wartegemeinschaft lebte sie im Sprachgebrauch weiter. Und doch erwies sich keine der Propagandathesen als lebenskräftiger, und sie blieb als mentaler Urgrund des Lebensgefühls über das Ende der DDR hinaus virulent. Niemand wird es heute mehr in der Sprache der SED-Parolen sagen wollen, von der Sache her ist ein beträchtlicher Teil der Menschen der Meinung, daß trotz aller Schattenseiten das Leben in der DDR menschlicher war. Es hätte mehr Kollegialität, Zusammenhalt im Freundes- und Bekanntenkreis, Hilfe in der Nach-

barschaft gegeben – so lautet das, wenn nicht allgemeine, so doch weit verbreitete Urteil.

Und wie alle Legenden hat auch diese einen durchaus rationalen Kern. Die DDR war tatsächlich das Land der Freundschaften, der Freunde, der Arbeitskollegen; Bekannte und Verwandte gehörten zu den Überlebensstrategien der DDR. Da das Leben insgesamt immobil, abgeschottet, statischer war, blieben auch Freundes- und Bekanntenkreise über Jahre hinweg stabil. Gegenseitige Hilfe war ein Gebot des Alltags. Um zum Anfangsbeispiel zurückzukommen: Der eine stand beim Bäcker an, der andere stellte sich beim Fleischer an, der dritte ging schon mal zum Gemüseladen, und selbst beim Besuch der Kaufhalle ging man möglicherweise mit mehreren Kindern diese Aktion an – einer stellte sich schon mal an der Kasse an, der nächste ging zum Fleischstand, der dritte zum Käsestand usw. So war denn der Alltag voller Gemeinschaftserlebnisse, voller Erfolgserlebnisse und Abenteuer, denn letztendlich war auch der Erwerb der 50 Schrippen für das Wochenende ein kleines Abenteuer, ein kleiner gemeinschaftlicher Erfolg, und so ist ein Gemeinschaftsbewußtsein entstanden. Als schließlich die DDR verschwand, wurde die DDR-Identität geboren. Als analog dem Ende des planwirtschaftlich bedingten Mangels an Backwaren die Schlangen vor den Bäckerläden usw. verschwanden, wurde die Ostschrippe geboren; sie wurde zum Symbol der untergegangenen DDR-Gesellschaft. (Beifall)

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank, Herr Dr. Wolle, für diesen locker machenden Vortrag. Herr Prof. Dr. Burrichter hat jetzt die Aufgabe, uns durch ein Podiumsgespräch zu führen mit Frau Prof. Dr. Hanna Haack, Prof. Dr. Wolf Krötke, Ehrhart Neubert, Prof. Dr. Schlosser und Herrn Wolfgang Templin.

Pause bis 14.40 Uhr

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Meine Damen und Herren, ich möchte die abschließende Sitzung eröffnen und darf noch einmal auf Grund der Diskussionsbeiträge im ersten Teil dieser Runde, in der mit Recht darauf hingewiesen wurde, daß es nicht *die* DDR-Identität gebe, darauf hinweisen, daß das Programm dieser Anhörung lautet: „Identitäten in der DDR.“ Wir sind natürlich davon ausgegangen, daß es nicht *die* DDR-Identität gab, man sollte das dann entsprechend auch zur Kenntnis nehmen.

Im Unterschied zu den bisherigen Moderatoren erlaube ich mir doch, zu Beginn noch einiges Inhaltliche zu sagen, auch wenn die Zeit knapp ist. Ich verzichte dabei auf eine ausführliche Vorstellung der Damen und Herren hier im Podium. Ich darf nur kurz vorstellen Frau Prof. Hanna Haack aus Rostock. Herrn Prof. Dr. Wolf Krötke von der Humboldt-Universität zu Berlin, Herrn Ehrhart Neubert aus Berlin – ich glaube, ich brauche ihn sowieso nicht vorzustellen, da er durch seine Tätigkeit hinreichend bekannt ist. Prof. Horst Dieter Schlosser ist Professor für deutsche Philologie und arbeitet seit 1980 regelmäßig an Forschungsprojekten zur deutschen Sprache in Ost und West, und